

«Eine Einheitskasse vernichtet im Wallis mehr als 1000 Arbeitsplätze»

Krankenversicherung | Die Groupe Mutuel

wehrt sich gegen noch mehr staatliche Regulierungen

MARTINACH | Die Volksinitiative für eine Einheitskasse trübt die Festfreude der Groupe Mutuel. Eine Annahme hätte für die Branche gravierende Folgen.

Zum vierten Mal innert 20 Jahren darf (oder muss) das Schweizer Volk voraussichtlich im kommenden Jahr über eine Einheitskasse in der Schweiz abstimmen. Die meisten Vorlagen scheiterten klar. Die Volksinitiative «Für eine öffentliche Krankenkasse» sieht vor, dass die 61 bestehenden Krankenversicherer durch eine öffentliche Einheitskasse ersetzt werden. Die Initianten versprechen sich davon eine einfachere, transparentere und vor allem kostengünstigere Krankenversicherung. Die Vorlage wird ohne Gegenvorschlag dem Volk unterbreitet.

«Das wäre ein Desaster»

«Wir sind gegen die Initiative,

weil sie die Wahlfreiheit des Versicherten sowohl bezüglich des Krankenversicherers als auch des Leistungserbringers einschränkt. Darüber hinaus würden angesichts der Zusammensetzung des Leitungsgremiums zahlreiche Interessenkonflikte entstehen. Man kann nicht Spieler und Schiedsrichter zugleich sein», kritisierte Dr. Thomas J. Grichting, CEO Krankenversicherer.

Auch Pierre-Marcel Revaz warnte gestern vor einem Ja zur Einheitskasse. Die Folgen der stets steigenden Regulierungswut der Politik wären gravierend. Revaz geht davon aus, dass die Groupe Mutuel etwa die Hälfte der Beschäftigten entlassen müsste: «Eine Einheitskasse vernichtet im Wallis 1000 Arbeitsplätze. Das wäre ein Desaster für unsere Gruppe und die Angestellten.» Für kleine Krankenkassen im Wallis wäre dies das endgültige Aus, auch die Sodalis, der grösste Versicherer im Oberwallis, würde laut

Grichting in grösste Schwierigkeiten geraten.

Verwaltungskosten tiefer als 1996

Die Initiative setzt laut Grichting zudem mit den Verwaltungskosten am falschen Ort an. Diese betragen lediglich fünf Prozent der eingezogenen Prämien. Die Ausgaben für die Spitalkosten, die Ärzte, Medikamente oder die Pflegeheime sind seit der Einführung des KVG um mehr als Doppelte gestiegen: «Nur die Verwaltungskosten sind seit 1996 um 200 Millionen auf 1,3 Milliarden Franken gesunken.»

Grichting betonte, dass man die geplanten Änderungen im KVG nicht generell ablehne. Man befürworte den Ausbau des Risikoausgleichs unter bestimmten Bedingungen. Die Trennung der Bereiche Grundversicherung und Zusatzversicherung, wie sie der Bundesrat in der KVG-Revision vorschläge, würde jedoch zusätzliche Kosten verursachen und das System für die Versicherten wie auch für alle anderen Akteure im Gesundheitsbereich noch komplexer gestalten.

Immer mehr staatliche Regulierung

Grichting bedauert, dass die künftige Strategie des Bundesrates «Gesundheit 2020» klar auf eine Stärkung der Rolle des Staates und damit auf eine staatliche Regulierung, Koordination und Steuerung ausgerichtet ist. Die geplanten Massnahmen schränken die Wahlfreiheit und die Angebotsvielfalt ein: «Sie treiben die Kosten in die Höhe und schwächen den regulierten Wettbewerb sowie die Eigenverantwortung der Versicherten. Sie sind ein Eingriff in die unternehmerische Freiheit.» Die Groupe Mutuel wolle unternehmerische Freiheit und eine Marktentwicklung in einem fairen Wettbewerb fördern. Zurzeit funktioniere das Gesundheitssystem gut und die Mehr-

Martinach | Groupe Mutuel feiert Jubiläum

Rasanter Aufstieg



Erfolgreich. Präsident Pierre-Marcel Revaz (links) und Thomas Grichting, CEO Krankenversicherung. FOTO WB

Die Groupe Mutuel ist innert zwei Jahrzehnten von einer kleinen Krankenkasse zu einem der führenden Schweizer Krankenversicherer aufgestiegen.

Die Groupe Mutuel wurde am

13. Oktober 1993 als Vereinigung von acht Krankenversicherern gegründet. Gemeinsam zählten sie 172 000 Versicherte mit einem Jahresumsatz von 358 Millionen Franken. Heute sind es 1,4 Millionen Versicherte und 4,4 Milliarden Franken Umsatz. | Seite 7



Regulierungswut. Thomas J. Grichting warnt vor den Folgen einer Einheitskasse. FOTO WB

heit der Schweizerinnen und Schweizer sei zufrieden, denn die gesamte Bevölkerung habe Zugang zu hochwertigen medizinischen Leistungen. Doch auch Grichting anerkennt, dass beim Krankenversicherungsgesetz trotz mehr als 30 Revisionen und Teilrevisionen Änderungsbedarf besteht. Aus Sicht

der Krankenversicherer sind aber die Eindämmung der Gesundheitskosten und die Bewältigung der Folgen der demografischen Entwicklung die zentralen Herausforderungen: «Und die lassen sich mit einem liberalen Gesundheitssystem besser lösen als mit einer öffentlichen Einheitskasse.» hbi